

Antrag 120/I/2026**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Europäische Biometriedaten nicht an US-Behörden weitergeben**

1 Vor dem Hintergrund der erneuten Forderungen der Ver-
2 einigten Staaten von Amerika, ihnen Zugriff auf Finger-
3 abdrücke und Gesichtsscans der Bürger*innen Europas zu
4 gewähren, um weiterhin visafreies Reisen zu ermöglichen,
5 werden die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundes-
6 regierung sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
7 S&D-Fraktion des EU-Parlaments aufgefordert, in die ak-
8 tuell laufenden Verhandlungen der EU-Kommission mit
9 den USA zum Visa Waiver Programm wie folgt einzugrei-
10 fen:

11

12 Auf Grund der zurecht verstärkten Bemühungen Euro-
13 pas, sich unter anderem bezogen auf digitale Infrastruktur
14 aber auch Sicherheitsarchitekturen resilienter und freier
15 von strukturellen Abhängigkeiten zu machen, sehen wir
16 eine starke Aktualität in der Erneuerung der Forderung,
17 europäische Biometriedaten nicht an US-Behörden wei-
18 terzugeben.

19

20 Wir lehnen es ab, dass US-Behörden eigenständige Zu-
21 griffsrechte auf deutsche oder europäische Biometrieda-
22 ten, wie z.B. das biometrische Lichtbild oder Fingerab-
23 drücke, erhalten. Entsprechende Forderungen, wie der-
24 zeit von den USA im Rahmen des „Enhanced Border Se-
25 curity Partnership“ (EBSP) in Bezug auf polizeiliche Bio-
26 metriedaten als Bedingung für die weitere Teilnahme am
27 Visa Waiver Programm gefordert, lehnen wir ab. Die so-
28 zialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die
29 Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag und im Eu-
30 ropaparlament werden sich bilateral und gegenüber der
31 EU-Kommission dafür einsetzen, dass ein solcher Zugang
32 weder über die geforderte EBSP, noch über eine Auswei-
33 tung bereits bestehender Abkommen oder neue Abkom-
34 men gewährt wird.

35

36 Stattdessen bekräftigen wir die in Deutschland im Zuge
37 des Passgesetzes getroffene Festlegung, angesichts der
38 damit einhergehenden erheblichen Gefahren keine bun-
39 desweiten zentralen biometrischen Datenbanken aufzu-
40 bauen bzw. bestehende nicht zu erweitern. Wir setzen
41 uns auf europäischer Ebene für eine entsprechende Wer-
42 tung ein. Internationale Abkommen sollten entsprechen-
43 de Datensammlungen auch nicht über die Hintertür er-
44 möglichen.

45

Begründung46 Die SPD Berlin erneuert hiermit ihren Beschluss
47

48 101/II/2023 und fordert den Bundesparteitag erneut
49 auf, sich mit diesem Beschluss zu befassen. Der Beschluss
50 wurde bereits an den Bundesparteitag 2023 überwiesen
51 und seitdem nicht befasst.

52 Im Jahr 2025 erneuerte die Trump-Administration ihre For-
53 derung nach direktem Zugriff auf europäische Polizeida-
54 ten und machte diesen zur Bedingung zur weiteren Teil-
55 nahme am Visa Waiver Programm (VWP). Das Visa Waiver
56 Programm ermöglicht Reisenden aus mehr als 40 Ländern
57 (darunter 24 der 27 EU-Staaten) eine visafreie Einreise in
58 die USA für bis zu 90 Tage.

59

60 Von einem direkten Zugriff auf Polizeidatenbanken wären
61 hingegen nicht nur Einreisende in die USA betroffen, son-
62 dern alle Menschen, deren Daten innerhalb der EU von
63 der Polizei erfasst wurden – also auch Zeugen oder Asyl-
64 suchende.

65 Obwohl es selbst innerhalb der EU kein System gibt, das
66 Polizeibehörden anderer Mitgliedstaaten einen unmittel-
67 baren Zugriff auf nationale Datenbanken erlaubt, erteil-
68 ten die EU-Staaten kurz vor Weihnachten 2025 der EU-
69 Kommission das Mandat, mit den USA über einen sol-
70 chen Zugriff zu verhandeln. Die EU-Kommission verhan-
71 delt seitdem unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

72

73 Besonders brisant ist, dass laut einem Ende Februar 2026
74 einseharen Entwurf auch über die Übermittlung beson-
75 dere Kategorien personenbezogener Daten verhandelt
76 wird – also neben biometrischen Daten auch über poli-
77 tische Einstellungen, Gewerkschafts- und Parteimitglied-
78 schaften, sexuelle Orientierung. Verfahren vor nationalen
79 oder internationalen Gerichten, die sich aus einem EU-US-
80 Abkommen ergeben, durch das amerikanische Behörden
81 Zugriff auf sensible Daten von Europäern erhalten, sollen
82 laut dem Entwurf ausgeschlossen sein. Dies würde das
83 Rechtsstaatsprinzip untergraben.

84 Auch rein automatisierte Entscheidungen, beispielsweise
85 durch die in den USA eingesetzte Palantir-Software, sind
86 laut dem Entwurf nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

87

88 Vor dem Hintergrund, dass der staatliche Überwachungs-
89 apparat innerhalb der USA nicht zuletzt durch den mas-
90 siven Ausbau der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE,
91 welche im Rahmen eines solchen Abkommens ebenfalls
92 Zugriff auf die Biometriedaten europäischer Bürger*innen
93 erhalten würde, dystopische Ausmaße annimmt, ist eine
94 Übermittlung europäischer Biometriedaten in die USA un-
95 verhältnismäßig und nicht mit europäischen Grundrech-
96 ten vereinbar.